

Änderungsantrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprungsdrucksachenart: Vorlage zur
Beschlussfassung,
Ursprungsiniciator: Bezirksamt

Beratungsfolge:

15.07.2009	BVV	BVV/26/VI	überwiesen	
16.09.2009	BüWoEiGO	BüEiWG/35/VI		mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
10.09.2009	Gleilnte	eilnte/43/VI		mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
02.09.2009	KuBi	KuBi/31/VI		mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
08.09.2009	OrdVerk	OrdVer/55/VI		ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen
01.09.2009	GesArbSoz	GeArSo/74/VI		mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
03.09.2009	StadtWi	StadtW/53/VI		vertagt
08.09.2009	SchuSp	SchuSp/29/VI		mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
10.09.2009	UmNat	UmNat/36/VI		mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
03.09.2009	FilmPe	FilmPe/81/VI		vertagt
11.09.2009	FilmPe	FilmPe/96/VI		vertagt
11.09.2009	FilmPe	FilmPe/97/VI		vertagt
11.09.2009	FilmPe	FilmPe/98/VI		vertagt
11.09.2009	FilmPe	FilmPe/99/VI		vertagt
17.09.2009	FilmPe	FilmPe/06/VI		vertagt
17.09.2009	FilmPe	FilmPe/07/VI		vertagt
17.09.2009	FilmPe	FilmPe/11/VI		vertagt
17.09.2009	FilmPe	FilmPe/08/VI		vertagt
17.09.2009	FilmPe	FilmPe/09/VI		vertagt
17.09.2009	FilmPe	FilmPe/10/VI		vertagt
18.09.2009	FilmPe	FilmPe/94/VI		mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
23.09.2009	BVV	BVV/27/VI		

**Betreff: Entwurf des Doppelhaushaltsplanes 2010 /2011 für den Bezirk Pankow
(einschl. Vorberichte und Stellenplan)
in der durch die 1. und 2. Nachschiebeliste geänderten Fassung**

Die BVV möge beschließen:

Die Beschlussempfehlung zum Doppelhaushaltsplanentwurf wird wie folgt geändert:

Punkt I. der Beschlussempfehlung wird durch folgende weitere Punkte ergänzt:

1. Verpflichtungsermächtigung für Maßnahmen zur Energieeinsparung

EP	Kapitel	Titel	Bezeichnung
42	4211	541 02	Maßnahmen zur Energieeinsparung
Verpflichtungsermächtigung Ansatz für 2012: 150.000 €			

2. Verstärkung für die Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege

EP	Kapitel	Titel	Bezeichnung				
39	3910	648 11	Projektförderung von gemeinnützigen Vereinen, Einrichtung der freien Wohlfahrtspflege				
Ansatz alt 2010	Hinzutreten 2010 (-)	Hinzutreten 2010 (+)	Ansatz neu 2010	Ansatz alt 2011	Hinzutreten 2011 (-)	Hinzutreten 2011 (+)	Ansatz neu 2011
674.000		63.000	737.000	674.000		63.000	737.000

3. Kompensation für Stelleneinsparung bei den Gartenarbeiter/innen im Bereich der Grünflächenunterhaltung

EP	Kapitel	Titel	Bezeichnung					
47	4720	521 10	Unterhaltung der Grünanlagen					
Ansatz alt 2010	Hinzutreten 2010 (-)	Hinzutreten 2010 (+)	Ansatz neu 2010	Ansatz alt 2011	Hinzutreten 2011 (-)	Hinzutreten 2011 (+)	Ansatz neu 2011	
1.541.000		100.000	1.641.000	1.541.000		100.000	1.641.000	

4. Unterstützung des Bürgerschaftlichen Engagements für Grünflächen und Straßenbäume durch eine Beauftragte/einen Beauftragten

EP	Kapitel	Titel	Bezeichnung					
47	4720	425 01	Vergütung der planmäßigen Angestellten					
Ansatz alt 2010	Hinzutreten 2010 (-)	Hinzutreten 2010 (+)	Ansatz neu 2010	Ansatz alt 2011	Hinzutreten 2011 (-)	Hinzutreten 2011 (+)	Ansatz neu 2011	
2.425.000		25.000	2.450.000	2.442.000		25.000	2.467.000	

Eine Gegenfinanzierung soll durch folgende Punkte erfolgen:

1. Maßnahmen des Bezirksamtes zu verhaltensbedingten Einsparungen und der Absenkung der Ausgaben für die Bewirtschaftungskosten im Bereich der Immobilien

EP	Kapitel	Titel	Bezeichnung					
33	3306	517 01	Bewirtschaftungsausgaben					
Ansatz alt 2010	Hinzutreten 2010 (-)	Hinzutreten 2010 (+)	Ansatz neu 2010	Ansatz alt 2011	Hinzutreten 2011 (-)	Hinzutreten 2011 (+)	Ansatz neu 2011	
8.093.000	120.000		7.993.000	8.093.000	160.000		7.993.000	

2. Maßnahmen des Bezirksamtes zu verhaltensbedingten Einsparungen und der Absenkung der Ausgaben für die Bewirtschaftungskosten im Bereich des Amtes für Umwelt und Natur

EP	Kapitel	Titel	Bezeichnung					
47	4720	517 01	Bewirtschaftungsausgaben					
Ansatz alt 2010	Hinzutreten 2010 (-)	Hinzutreten 2010 (+)	Ansatz neu 2010	Ansatz alt 2011	Hinzutreten 2011 (-)	Hinzutreten 2011 (+)	Ansatz neu 2011	
1.796.000	25.000		1.795.750	1.796.000	25.000		1.795.750	

3. Absenkung der Verstärkungsmittel im Haushaltsjahr 2010 und 2011

EP	Kapitel	Titel	Bezeichnung					
59	5950	971 13	Verstärkungsmittel					
Ansatz alt 2010	Hinzutreten 2010 (-)	Hinzutreten 2010 (+)	Ansatz neu 2010	Ansatz alt 2011	Hinzutreten 2011 (-)	Hinzutreten 2011 (+)	Ansatz neu 2011	
500.000	43.000		457.000	741.000	3.000		738.000	

Die Beschlussempfehlung wird in Punkt II. mit folgenden weiteren Auflagen verbunden:

- Der Titel wird für das Haushaltsjahr 2011 in Höhe von 1.000.000 € bis zur weiteren Untersetzung der in dem Beschluss der BVV, Drs. VI-0819, Strategiewechsel in der

Haushaltspolitik, unter Punkt A formulierten Zielstellung gesperrt. Die Zielstellung des BVV-Beschlusses lautet, dass die zu erbringenden Einsparungen im Haushaltsplan zuvorderst und zu einem möglichst großen Teil durch die Senkung der bezirklichen Infrastruktur-Kosten zu erbringen sind.

2. Das Bezirksamt erläutert der BVV umfassend den aktuellen Stand der Umzugsplanung sowie weitere Maßnahmen zur Verdichtung im Bereich der Büronutzungen. Dabei prüft das Bezirksamt unterschiedliche Optionen, ob durch die Anmietung von günstigen Bürodienstflächen und der Aufgabe eines großen Verwaltungsstandortes Entlastungen für den Bezirkshaushalt zu erreichen sind. Teil dieser Prüfung soll außerdem sein, ob mittel- bis langfristig durch einen optimierten Verwaltungsneubau Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten gesenkt werden können.
3. Für die Umsetzung der Maßnahmen zur Energieeinsparung an Pankower Schulen (Klimaschutzprojekt an Schulen) werden die Leistungen (pädagogische Maßnahmen, Beratungsbedarf, Leistungen im Rahmen der technischen Betriebsführung), die durch einen externen Auftragnehmer erbracht werden sollen, für den Zeitraum von insgesamt 3 Jahren öffentlich ausgeschrieben. Hiermit sollen im Vergleich zu einem kürzeren Ausschreibungszeitraum kostengünstigere Angebote erzielt werden.

Die Beschlussempfehlung wird in Punkt III mit folgenden weiteren Ersuchen verbunden:

1. Das Bezirksamt wird ersucht, Maßnahmen zu verhaltensbedingten Einsparungen in allen Abteilungen des Bezirksamts zu entwickeln und umzusetzen. Der Beschluss der BVV, Drs. VI-0267, Energieeinsparprojekte auf alle öffentlichen Gebäude ausdehnen, wird erweitert, so dass durch Maßnahmen zu verhaltensbedingten Energieeinsparungen in der Verwaltung über das modellhafte Entwickeln in einer Abteilung/in einem Amt hinaus eine Einsparsumme von mindestens 145.000 € in 2010 und 185.000 € in 2011 erwirtschaftet wird.
2. Das Bezirksamt klärt bei der Senatsverwaltung für Finanzen die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Fördermitteln des Bundesumweltministeriums aus dem Programm zur „Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“.
3. In einem ersten Schritt wird nach der Klärung der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Programms durch die Bezirke Fördermittel für die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts beantragt. Dieses Konzept soll dem Bezirk Wege aufzeigen, wie durch eine gezielte Auswahl von optimierten energetischen Maßnahmen ein wirkungsvoller Beitrag zum kommunalen Klimaschutz geleistet werden kann und hiermit zusätzliche Einsparungen für Klimaschutzinvestitionen genutzt werden können.
4. In einem zweiten Schritt sollen in diesem Programm weitere Fördermittel beantragt werden, um zur Umsetzung des Klimaschutzkonzepts die hierfür notwendige personelle Unterstützung zu erhalten.

Berlin, den 23.09.2009

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

BV Stefanie Remlinger, BV Peter Brenn, BV Cornelius Bechtler

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____	EINSTIMMIG
_____	MEHRHEITLICH
_____	JA
_____	NEIN
_____	ENTHALTUNGEN

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ zusätzlich in den Ausschuss für
 _____ und in den Ausschuss für

Begründung:

Verstärkung im Bereich Grünflächenunterhaltung

Der Ansatz für die Grünflächenunterhaltung soll für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 um jeweils 100.000 € verstärkt werden. In der Beratung des EP 4720, Natur wurde vom Bezirksamt klar herausgestellt, dass die Mittel der Grünflächenunterhaltung im Wesentlichen nur noch für Verkehrssicherungsmaßnahmen ausreichen werden. Der Bereich der Grünflächenunterhaltung hat in den letzten Jahren einen rigorosen Abbau erlebt. Die Erhöhung dient als Teilkompensation für den Personalabbau im Bereich der Gartenarbeiter/innen. Hiermit soll das Bezirksamt über die Verkehrssicherungspflicht hinaus Handlungsspielräume erhalten, um wichtige Einzelmaßnahmen der Instandhaltung und Pflege in den Grünanlagen durchzuführen.

Unterstützung des Bürgerschaftlichen Engagements für Grünflächen und Straßenbäume durch eine Beauftragte/einen Beauftragten

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sind bereit, sich für die Grünflächen in ihrer Stadt einzusetzen. Die Unterstützung von engagierten Bürgerinnen und Bürgern für „ihre“ Straßenbäume oder das Engagement von Initiativen für Parks und Grünflächen in Pankow führen zu einer stärkeren Identifikation der Menschen mit ihrem Grün und insgesamt zu einem erhöhten Verantwortungsbewusstsein. Zunehmend spielt bei den Ausgaben Vandalismus und Vermüllung der Grünanlagen eine große Rolle. Deshalb ist ehrenamtliches Engagement für das Grün wichtig, um ein Umdenken bei allen Nutzerinnen und Nutzern anzustoßen. Die Parks und Grünanlagen sind öffentlich, sie sind für uns alle da und wir müssen etwas dafür tun, damit sie uns erhalten bleiben.

Das Amt für Umwelt und Natur kann eine Beauftragte/einen Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement dringend gebrauchen. Der Beauftragte/die Beauftragte wäre eine wichtige Kontaktperson für aktive Bürgerinnen und Bürger. Sie könnte sie beraten und darstellen, welche Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürger für unser Grün hilfreich sein können. Im AUN sollte überlegt werden, wie die zusätzlichen Personalmittel genutzt werden können, um durch eine Umstrukturierung bei den bestehenden Aufgaben die Beauftragte/den Beauftragten mit einer Vollzeitstelle auszustatten.

Verstärkung der Ansätze für die Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege

Die Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege bieten in Pankow wichtige und unverzichtbare Angebote an, u.a. für Obdachlose, für Menschen mit Suchterkrankungen, für Seniorinnen und Senioren oder für Menschen mit Behinderungen. Alleine durch das Bevölkerungswachstum in Pankow und durch Veränderungen des demografischen Wandels entsteht eine zusätzliche Nachfrage nach diesen Leistungen. Ein Absenken des Ansatzes für die nächsten Haushaltsjahre ist aus sozialpolitischer Sicht nicht zu vertreten.

Maßnahmen des Bezirksamtes zu verhaltensbedingten Einsparungen

Was uns Kinder in 20 Pankower Grundschulen im Rahmen des Pankower Klimaschutzprojekts erfolgreich vormachen, müssen wir endlich auch in der Verwaltung erreichen. Es gibt erhebliche Potentiale beim Energiesparen, beim sorgsameren Umgang mit Wasser oder Strom. In der Regel können problemlos 5 – 10% Einsparungen in den Bereichen Energie, Wasser oder Strom durch verhaltensbedingte Maßnahmen erreicht werden. Die Abteilungen des Bezirksamtes müssen dieses Anliegen zu ihrer eigenen Sache machen. Sie tragen hierfür die Verantwortung. Denn unser Geld ist für Angebote in unserem Bezirk besser eingesetzt als für die Gas-, Fernwärme- oder Stromrechnung.

Im Bereich der Immobilien müssen nach diesen Vorschlägen im Haushaltsjahr 2010 ca. 1,5% des Gesamtansatzes eingespart werden, im Jahr 2020 steigt dieser Wert auf knapp unter 2%. Dieser Wert kann über die nächsten Jahre fortgeschrieben und muss mit zielgerichteten Energieeinsparmaßnahmen verknüpft werden.

Da im Bereich des AUN diese Einsparungen schwieriger zu erreichen sind, werden für beide Haushaltsjahre ca. 1,5% angesetzt.

Diese Einsparung fließen in eine bessere Grünflächenpflege, in eine Unterstützung der Bürger/innenbeteiligung und in das Angebot der Freien Träger im Bereich Soziales. Das ist Motivation genug, um gleichzeitig etwas für den Klimaschutz beizutragen.

Umsteuern bei den Infrastrukturkosten für mehr kommunale Angebote

Die BVV hat auf ihrer Tagung am 15.07.2009 mit der Drucksache VI-0819/09, Strategiewechsel in der Haushaltspolitik beschlossen, die Haushaltseinsparungen zu einem großen Teil im Bereich der Immobilienkosten zu erbringen. Das Bezirksamt ist diesem Ziel nicht in der notwendigen Konsequenz gefolgt. Die Vorlage zur Kenntnisnahme zu dieser Drucksache dokumentiert, dass es im Bezirksamt am ausreichenden Willen fehlt, die Potentiale für eine Optimierung bei der Nutzung von Bürodienstgebäuden zu erschließen. Es ist eine gebäudewirtschaftliche Betrachtung für die Entscheidung notwendig, ob der Bezirk über genug Ressourcen verfügt, neben dem Gesundheitshaus in der Grunowstraße drei große Verwaltungsstandorte im Bezirk aufrecht zu erhalten. Für die drei großen Standorte ist eine Lebenszeitbetrachtung durchzuführen, die Aufschluss darüber gibt, ob der Bezirk in der Lage ist, diese Gebäude betriebswirtschaftlich sinnvoll betrieben zu können. Dies kann bedeuten, dass es ökonomisch geboten sein kann, für einen längeren oder begrenzten Zeitraum in ein größeres Mietobjekt zu wechseln und einen großen Verwaltungsstandort aufzugeben. Diese Option ist vom Bezirksamt ernsthaft zu prüfen, was bisher nicht geschehen ist.

Die BVV bestimmt die Grundlinien der Verwaltungspolitik des Bezirks (§ 12, Abs. 1, Satz 1 BezVG, Zuständigkeit der Bezirksverordnetenversammlung). Die Umsetzung des Beschlusses VI-0819/09 zeigt der BVV, dass bei der Haushaltsplanaufstellung diesem Grundsatz nicht ausreichend Rechnung getragen worden ist. Mit der Sperre im Titel 517 01, im EP 3306, Bewirtschaftungskosten für das Haushaltsjahr 2011 soll hiermit der Wille der BVV unterstrichen werden, im Bereich der Infrastrukturkosten einzusparen, um kommunale Angebote dafür zu erhalten und in Teilen gezielt auszubauen.

Klimaschutz und ein sparsamer Umgang mit den Ressourcen für mehr kommunale Angebote

In den nächsten Jahren wird der energetische Zustand der bezirklichen Gebäude noch einen größeren Einfluss auf die Ausgaben des Bezirks haben. Klimaschutz ist deshalb nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern ein ökonomisches „Muss“. Wir werden in Zukunft nur dann unsere kommunalen Angebote in den Bereichen Kultur, Bildung oder in der sozialen Infrastruktur vorhalten können, wenn wir konsequent unnötige Ausgaben z.B. im Bereich der Energieversorgung weitgehend vermeiden. Seit gut zwei Jahren bietet das Bundesumweltministerium unterstützende Programme für Klimaschutzmaßnahmen der Kommunen an. Berlin hat es bisher nicht geschafft, diese Programme für seine Bezirke zugänglich zu machen. Das muss sich ändern.